

PRO  LIBERTATE

Schweizerische Vereinigung  
für Freiheit, Demokratie  
und Menschenwürde

3 April 0 5

**Sondernummer**

5. Juni: Schengen – nein ist besser!

Schengen –  
der moderne  
Trojaner



5. Juni: Schengen – nein ist besser!



## Schengen: Weniger Sicherheit und mehr Kriminalität

**Oskar Gächter, Berneck (SG)**  
Grenzwachtoffizier und Kantonsrat

Mit Bezug auf die Umsetzung von Schengen in der Praxis werden momentan beim Volk Unwahrheiten verbreitet und die Politik mit unrealistischen Informationen versehen.

Das Schengen-Übereinkommen wurde nicht geschlossen, um für mehr Sicherheit zu sorgen, sondern um die Binnengrenzen zu öffnen. Deshalb haben alle EU-Ausgleichsmassnahmen zum Vornherein einen unglaublichen Beigeschmack.

Zudem bedeutet Schengen für den unbescholtenen Bürger im Inland, insbesondere im Grenzgebiet, viel mehr Polizeistaat. Der Bürger wird vermehrt in Polizei- und Grenzkontrollen im rückwärtigen Raum geraten und sich ausweisen müssen.

Schliesslich ist es absurd, von einem Sicherheitsgewinn mit Schengen zu sprechen vor dem Hintergrund, dass jede ausländische Person die Landesgrenze jederzeit und überall ohne Preisgabe ihrer Identität überschreiten kann.

Will der Schweizerbürger eine gemeinsame Kontrolle der EU-Aussengrenze, welche in wenigen Jahren entlang des Kriegsgebietes Irak und des islamischen Gottesstaates Iran verläuft? Ich kann mir diesen Umstand als Kompensation für den Schutz unserer Landesgrenze nicht vorstellen.

Schengen bringt somit deshalb einen Sicherheitsverlust, weil:

- das Kontrolldefizit an der Landesgrenze mit mobilen Kontrollen nicht wettgemacht werden kann;
- das SIS im Bereich der Gesamtkriminalität nie so wirksam sein wird, wie es dargestellt wird;
- die gemeinsamen Visavorschriften die Grenzkontrollen zur Farce werden lassen und Tür und Tor für unerwünschte Ausländer öffnen.

«Schengen ist ein gewichtiger Schritt der Integration in die EU, und als solcher sollte er auch behandelt werden!»



## Mit Schengen bestimmt Brüssel unser Waffenrecht

**David Glatz, Langenthal**  
Ehrenpräsident Schweizerischer Schützenverband  
Copräsident des Aktionskomites  
für ein freiheitliches Waffenrecht

Es gibt in unserem Land kaum einen Menschen, der sich einbildet, ohne gute Beziehungen zu unseren Nachbarländern leben zu können. Die Bilateralen II gehören zu den wichtigsten Verträgen, die unser Land jemals ausgehandelt hat. Jeder Einzelne von uns ist davon betroffen. An der Meinungsbildung und am Entscheid wurde das Stimmvolk jedoch nicht beteiligt. Den Verlust wesentlicher Freiheiten und die Übernahme von fremdem Recht glaubt man dem Bürger ungefragt zumuten zu können. Offensichtlich will das Parlament die heute noch geltenden Volksrechte mit politischen und juristischen Tricks umgehen. Nicht mit uns...

Das Aktionskomitee für ein freiheitliches Waffenrecht unterstützt das Referendum gegen Schengen/Dublin, um dadurch uns wichtige Freiheiten zu verteidigen. Zwischen der EU und der Schweiz bestehen in Bezug auf die Gestaltung eines Waffengesetzes total gegensätzliche Vorstellungen: Bei uns darf jeder unbescholtene Bürger eine Waffe besitzen. Das europäische Recht hingegen schreibt vor, dass grundsätzlich niemand eine Waffe besitzen soll. Ausnahmegenehmigungen sind kostspielig und dornenvoll. Bei uns entscheidet das Volk, in Brüssel die Bürokratie.

Da zukünftige Änderungen in den europäischen Waffenrichtlinien von der Schweiz verbindlich nachvollzogen werden müssten, ist dies einer Bevormundung gleichzusetzen und bedeutet einen wesentlichen Verlust unserer Souveränität und unseres Selbstwertgefühls.

Wir sind für eine Zusammenarbeit mit Europa, aber nicht als «Untertanen», sondern als ernst zu nehmende und stolze Partner. Die Verträge müssen daher neu verhandelt und dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden. Noch lebt unsere schweizerische direkte Demokratie.

# Schengen –



## Mit gezinkten Karten

**Peter Amstutz, Schlosswil BE  
Bundeshaus-Redaktor BR**

Mit dem Nein von 1992 zum EWR-Abkommen hat der Souverän selber die Verantwortung für das bilaterale Zusammenleben der Schweiz und der EU übernommen. «Berns» Versuch, das zweite Vertragspaket am Volk vorbei zu schmuggeln, wird zum Glück mit Referenden verhindert. Warum ist das im zuerst zu klärenden Fall von Schengen/Dublin so wichtig?

Die hohe Obrigkeit spielt mit gezinkten Karten. Man empfiehlt das Schengener Polizei-Informationssystem (SIS) als Sicherheitsprojekt gegen grenzüberschreitende Kriminalität. Nur dank unvorsichtiger Äusserungen von Micheline Calmy-Rey und Joseph Deiss erfuhr man die Wahrheit: «Schengen» soll die Integration der Schweiz in den EU-Raum beschleunigen.

Doch der Ersatz der Personenkontrollen an der Grenze durch mobile Stichproben im Hinterland (Schleierfahndung) hat grösste Bedenken ausgelöst. Dank Fahndungscomputer hier auch zu wissen, wer in Europa gesucht wird, das wäre mit Zusammenarbeit machbar. Diese «Klienten» unkontrolliert einreisen zu lassen und danach verfolgen zu müssen, das ist etwas ganz anderes – um nicht zu sagen ein Leerlauf.

«Grenzen haben sich über Jahrhunderte als Instrumente der Personenfilterung erwiesen. (...) Nun will man sie eintauschen gegen die Mitgliedschaft in einer Datenbank – einem Fichensystem, das von Brüssel aus gesteuert wird.» Diese Warnung von Roger Köppel, dem früheren «Weltwoche»- und heutigen «Welt»-Chefredaktor, stand in der «Schweizerischen Handelszeitung» (12.1.05). Sein Urteil: «Schengen ist eine flankierende Massnahme der europäischen Bundesstaatsvision. (...) Der Bundesrat will diesem Irrtum hinterherhasten.» Das Volk mag entscheiden, ob es ihm dabei folgen will.



## Schengen und die Wirtschaft

**Hansruedi Wandfluh, Frutigen  
Nationalrat und Unternehmer**

Das Schengen-Dossier ist von grundsätzlicher Bedeutung auch für die Wirtschaft, selbst wenn es kein direktes Wirtschaftsdossier ist, sondern ein Sicherheits- und Souveränitätsdossier. Erhöhte Sicherheit steigert jedoch die Attraktivität eines Wirtschaftsstandorts. Dies kommt der ganzen Volkswirtschaft zugute, denn in einem unsicheren Umfeld wird kaum investiert. Nicht nur qualifizierte Mitarbeiter und Führungskräfte schätzen Sicherheit, sondern alle Leute, insbesondere auch Touristen. Die von gewissen Touristikern hochgespielte Problematik der Visa-Anerkennung ist vor diesem Hintergrund kaum verständlich. Sie kann durch die Schweiz autonom gelöst werden. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass Grenzkontrollen nach wie vor möglich sind. Schon nur die Gefahr kontrolliert zu werden verringert die Attraktivität für unerwünschte Gäste.

Eine Annahme von Schengen/Dublin wäre ein negatives Signal für die objektive Sicherheitslage und für das objektive Sicherheitsgefühl. Oder würden Sie sich in einem Flugzeug sicherer fühlen, wenn an den Flughäfen nicht mehr Personen- und Gepäckkontrollen durchgeführt würden, sondern Zollbeamte in der Mission «Schleierfahndung» durch das Flughafengebäude patrouillierten?

Gleich wie die Sicherheit ist auch die Souveränität in gewissem Sinne wirtschaftsrelevant, vorab für die Bankenwelt. Die EU wird z.B. am vollen Informationsaustausch in Steuersachen konsequent festhalten. Durch die mit Schengen verbundene teilweise Aufgabe der Souveränität wird die kleine reiche Schweiz immer Gefahr laufen, durch eine Koalition von Grossen und Nichtreichen überstimmt zu werden. Die Opting-out-Klausel (Ausstieg) wird uns wenig helfen, denn ein Bundesrat, dessen Ziel der volle EU-Beitritt ist, wird von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch machen. Das Bankgeheimnis dürfte somit nach einer Übergangsfrist, für welche es garantiert ist, definitiv fallen. Der damit verbundene wirtschaftliche Schaden wäre kaum bezifferbar. Ich sage nein zu Schengen/Dublin.

# nein ist besser!



# Schengen – nein ist besser!

## Schengen = Trojaner mit Ziel EU

5

«Schengen ist qualitativ anders gelagert als alle anderen bilateralen Abkommen. Diese haben vor allem ökonomischen Charakter. Schengen hingegen betrifft einen Kernbereich der staatlichen Tätigkeit, und deswegen hat es auch eine andere Qualität bezüglich Öffnung: Das ist für die SP wichtig, weil die SP für den Beitritt zur EU ist.» (SP-Parteipräsident Hans-Jürg Fehr in der WOZ vom 10.02.05)

Mit dem trojanischen Pferd eroberten damals die Griechen Troja, denn die Trojaner, fasziniert von der verlockenden Aussenhülle, ahnten die Gefahr nicht, die sich im Innern des Holzpferdes befand. Die EU fordert von der Schweiz keinen Schengen-Beitritt. Aber unter dem Decknamen «Sicherheit» will uns der Bundesrat unbemerkt in die EU locken und einbinden. Vergessen wir nicht: Der EU-Beitritt ist das strategische Ziel der Regierung.

---

**Fazit: Mit Schengen werden  
grosse EU-Beitrittschürden abgebaut.**

---

## Schengen = Sicherheitsverlust

Das Übereinkommen, das im Luxemburger Weinbauerdorf Schengen abgeschlossen wurde, hat zum Ziel, ein grenzenloses Europa zu schaffen:

*Artikel 2 Absatz 1 des Schengener Durchführungsübereinkommens (SDÜ):*

**Die Binnengrenzen dürfen an jeder Stelle ohne Personenkontrollen überschritten werden.**

Weil dadurch Sicherheitslücken entstehen, sollen die Aussengrenzen (Art. 17 Schengener Übereinkommen) stärker bewacht werden – z.B. gegen Nordafrika, die Ukraine, Weissrussland usw.

---

**Fazit: Wir geben wichtige eigene  
Sicherheitsinstrumente aus der Hand.**

---

## Schengen = Souveränitäts- und Demokratieverlust

Mit Schengen übernehmen wir bestehendes EU-Recht (2000 Seiten) und praktisch ohne Ausnahmeregelungen. Bei der Weiterentwicklung des Schengen-Rechts können wir zwar mitreden, aber nicht mitentscheiden. Stolz verkünden die bundesrätlichen Verhandlungsleiter, dass uns sogar bei der Umsetzung neuer Rechtsakte die Zeit für ein Referendum eingeräumt würde. Das Referendum verkommt hier jedoch zur Alibi-Übung, denn wenn Volk und Stände gegen das neue Schengenrecht entscheiden, kann die EU entweder Druckmassnahmen gegen unser Land ergreifen oder einseitig den gesamten Schengen-Vertrag kündigen (Assoziationsvertrag Art.7 Abs. 2 und Ziff. 4).

---

**Fazit: Mit Schengen unterwerfen wir uns  
fremdem Recht und fremden Richtern.**

---

## Schengen = Verlust unseres freiheitlichen Waffenrechts

Der freiheitliche, verantwortungsbewusste Waffenbesitz hat in der Schweiz einen hohen staatspolitischen Stellenwert! Er ist das Vertrauen der Behörden in die Bürger unseres Landes! In der Schweiz bestimmt bis heute das Volk, mit seinen demokratischen Rechten, den Waffenbesitz der Bürger. In den EU-Ländern bestimmt die Regierung nur, wer eine Waffe für welche Verwendung besitzen darf. Unser Waffengesetz wird durch Schengen bedeutend mehr verschärft, als dies die Gegner eines freiheitlichen Waffengesetzes je verlangt haben. Mit Schengen

- muss, wer nicht Schütze, Jäger, Sammler ist, einen Erwerbsgrund angeben (Zwei-Klassen-Waffenbesitzer). Der Erwerbsgrund jedes Erwerbers wird jedoch kontrolliert werden müssen;

# 5. Juni 2005 Schengen – nein ist besser!

- braucht es zum Erbantritt einen gebührenpflichtigen Waffenerwerbsschein (WES), und
- die Meldepflicht mit Kopie von Vertrag und WES bei Erbgang und bei Vertrag unter Privaten an eine noch zu bestimmende Kontrollstelle.

Sind wir Schengen-Mitglied, können wir die künftige Weiterentwicklung des EU-Waffenrechts (Richtlinie 91/477/EWG vom 18.6.1991) nicht stoppen.

6

**Fazit: Mit Schengen treten wir unsere eigenständige, freiheitliche Waffengesetzgebung an die EU ab.**

**Schengen = Verlust einer eigenständigen Asylpolitik**

*Schlussakte zum SDÜ*

**5. Gemeinsame Erklärung in Bezug auf die nationale Politik im Asylbereich:**

*Die Vertragsparteien werden eine Bestandsaufnahme ihrer nationalen Politik im Bereich des Asyls vornehmen im Hinblick auf das Bestreben einer Harmonisierung.*

Das Erstasylabkommen ist ein theoretisches Konstrukt und deshalb aus folgenden Gründen für die Schweiz keine Lösung:

- Der Asylbewerber ersucht dort um Asyl, wo er hin will, nicht dort, wo es ihm das Abkommen vorschreibt.
- Der Asylbewerber vernichtet seine Papiere. Die Feststellung seiner Identität gestaltet sich trotz «Eurodac» sehr schwierig und zeitaufwändig.
- Das Dubliner Abkommen bedeutet nichts anderes als ein gegenseitiges Zuschieben von unerwünschten Drittausländern innerhalb der EU.
- Das Abkommen bietet nur 10% der einmal involvierten Ausländer eine Lösung.
- Die Schweiz müsste viel mehr Asylsuchende zurücknehmen, als sie abschieben könnte, weil im Verhältnis der Bevölkerungsanzahl in der Schweiz voraussichtlich am meisten Erstanträge gestellt würden. Die Schweiz würde die Antragsteller aller Voraussicht nach am gewissenhaftesten erfassen.

- Schliesslich wäre die Schweiz auch bei diesem Abkommen ein reiner Nettozahler, weil sie von der milliardenteuren Administrativmaschinerie wenig profitieren könnte.

**Fazit: Soll Brüssel unsere Asylpolitik bestimmen? Die linken Schengen-Befürworter fordern Schengen, weil sie die dringend notwendigen Verschärfungen in unserem Asylgesetz torpedieren wollen.**

**Schengen = Verlust einer eigenständigen Visapolitik**

Mit der Einführung der Schengenvisa würden die Kontrollen an der Landesgrenze zur Farce, weil das Gros der einreisenden Drittausländer sich irgendwo in einem EU-Staat bereits ein Visum verschafft hat. Die Behauptung, wonach gemeinsame Visavorschriften die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz z.B. im Tourismus stärke, ist realitätsfremd, weil:

- an der Grenze direkt und unbürokratisch Ausnahmvisa erstellt werden können;
- Touristen aus Russland, China und Indien für ihre Europa-Tournee für 35 Euro ein Schengen-Mehrfach-Visum beantragen und sich damit problemlos von der Schweiz aus wieder in den Schengenraum einreisen lässt;
- die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes primär von ganz anderen Faktoren abhängt;
- die Anliegen des Tourismus auch mit einer autonomen Anpassung der Visabestimmungen befriedigt werden könnten.

Es ist festzuhalten, dass die Schweizer Grenzbehörden im Falle gemeinsamer Visavorschriften mit der EU bei 80–90% der Einreisenden kein Selbstbestimmungsrecht über Einreise oder Rückweisung mehr hätten.

**Fazit: Mit einem Schengen-Beitritt will der Bundesrat die EU-Visumspolitik mit sämtlichen Skandalen ohne Wenn und Aber übernehmen. Damit gefährdet er die Sicherheit des Landes und damit die Tourismusattraktivität.**

**PRO  LIBERTATE**

**setzt sich für Freiheit und Demokratie ein.**

**Deswegen sagen wir zu Schengen nein!**

Bestellen Sie weitere Exemplare kostenlos bei der Geschäftsstelle. Siehe nebenstehende Adresse

## Impressum

Redaktion: A. Bossard, M. Gerber

Geschäftsstelle: Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE, Postfach 587, 3052 Zollikofen  
Tel. 031 332 57 84 • Fax 031 332 57 85  
Internet: www.prolibertate.ch  
E-Mail: info@prolibertate.ch

Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt. Erscheint 6x jährlich. Leserzuschriften müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.  
Spenden: PC-30-26847-0

## Vorstand

Ami Bossard (Präsidentin), 3800 Matten b. I. (SVP)  
Max Gerber (Vizepräsident), 3000 Bern 16 (parteilos)  
Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen (FDP)  
Thomas Fuchs (Sekretär), 3018 Bern-Bümpliz (SVP)  
Alfred M. Zumbrunn, 3645 Gwatt (FDP)  
Patrick Freudiger, 4900 Langenthal (JSVP)

Redaktionsschluss dieser Nummer: 3.4.2005